

Wintersession 2020 Sessionsrückblick - 2. Woche



Homeoffice für Nationalräte

Nationalratsmitglieder, die wegen der Corona-Krise verhindert sind, an die Sitzungen nach Bern zu kommen, sollen künftig in Anwesenheit abstimmen können. Die grosse Kammer hat die Grundlage dafür geschaffen. Das Abstimmen von zu Hause aus soll bereits ab der nächsten Woche möglich sein. Das Gesetz soll nur für den Nationalrat und längstens für ein Jahr gelten. Die Staatspolitische Kommission des Ständerats (SPK-S) hatte eine gleiche Regel für die kleine Kammer abgelehnt. Damit abwesende Nationalrätinnen und Nationalräte von zu Hause aus abstimmen können, braucht es dennoch grünes Licht vom Ständerat. Dieser entscheidet voraussichtlich am Mittwoch über die Vorlage.

Geschlecht

Menschen mit Transidentität und Menschen mit einer Variante der Geschlechtsentwicklung sollen Geschlecht und den Vornamen im Personenstandsregister unbürokratisch anpassen lassen können. Darin sind sich die Räte einig. Umstritten ist aber noch, ob Minderjährige dies ohne Zustimmung ihrer Eltern tun können dürfen. Im Nationalrat will es die Mehrheit so halten, dass Minderjährige den Antrag auf Änderung von Geschlecht und Vorname ohne Zustimmung der Erziehungsberechtigten ändern können dürfen. SP, Grüne und Grünliberale setzten sich dank Schützenhilfe aus der FDP-Fraktion und wenigen Stimmen aus der Mitte-Fraktion durch.

Medien

Unternehmen sollen die Radio- und Fernsehgebühr nicht doppelt zahlen müssen, wenn sie einer Arbeitsgemeinschaft angehören. Der Nationalrat hat einer entsprechenden Vorlage ohne Gegenstimme zugestimmt. Heute müssen nicht nur Unternehmen, sondern auch Arbeitsgemeinschaften eine Abgabe zahlen. Der Grund dafür ist, dass Arbeitsgemeinschaften mehrwertsteuerpflichtig sind: Die Erfassung der abgabepflichtigen Unternehmen orientiert sich am entsprechenden Register. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. Dieser entscheidet am Dienstag. Sagt er wie erwartet auch Ja zur Abgabebefreiung von Arbeitsgemeinschaften, wird das Bundesgesetz über Radio und Fernsehen entsprechend geändert.

Jahresziele des Bundesrates

Oberstes Ziel für den Bundesrat ist im nächsten Jahr die Bekämpfung der Corona-Pandemie und das Abfedern ihrer Auswirkungen. Das sagte Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga im Nationalrat bei der Vorstellung der Jahresziele des Bundesrates. Der Rat nahm von den auf den Legislaturzielen basierenden Jahreszielen Kenntnis. 123 Massnahmen in 25 Politikbereichen plant der Bundesrat für 2021. Einmal mehr aufgeführt wird das Rahmenabkommen mit der EU. Der Bundesrat will 2021 den Prozess zum Abschluss des Abkommens und zur Verabschiedung einer Botschaft fortsetzen.

Terrorbekämpfung

Der Nationalrat lehnt es ab, fünf Motionen zum Thema Terrorismusbekämpfung noch in dieser Wintersession zu behandeln. Er hat einen Ordnungsantrag der SVP-Fraktion mit 125 zu 56 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Fraktionschef Thomas Aeschi (ZG) gab erfolglos zu bedenken, dass sich Terroristen im Untergrund auf neue Anschläge vorbereiteten. Es sei eine nur eine Frage der Zeit, bis neue Anschläge verübt würden - auch in der Schweiz. Die grosse Kammer lehnte eine dringliche Behandlung deutlich ab.



Cannabis

Wer auf Cannabisarzneimittel angewiesen ist, soll diese einfacher von der Ärztin oder dem Arzt beziehen können. Der Nationalrat ist als Erstrat dem Vorschlag des Bundesrats gefolgt und hat die entsprechende Änderung des Betäubungsmittelgesetzes mit 143 zu 33 Stimmen bei 15 Enthaltungen gutgeheissen. Ärztinnen und Ärzte sollen neu Cannabisarzneimittel direkt auf Rezept verschreiben können. Heute müssen sie vor einer Verschreibung eine Ausnahmegewilligung beim Bundesamt für Gesundheit (BAG) einholen.

AHV-Nummer

Der Nationalrat hat bei der künftigen Verwendung der AHV-Nummer zur Identifikation von Personen die letzten Differenzen zum Ständerat ausgeräumt. Ein Antrag der Grünen, das Geschäft wieder an den Bundesrat zurückzuschicken, fand keine Mehrheit. Die Grünen argumentierten mit Sicherheitsbedenken. Für Behörden wird es je länger je schwieriger, Personen aufgrund eines Namens eindeutig zu identifizieren. Um dies zu vereinfachen, soll künftig die AHV-Nummer systematisch eingesetzt werden.

Sozialversicherungsabkommen mit Bosnien

Im Herbst 2018 unterzeichnete die Schweiz mit Bosnien und Herzegowina ein neues Sozialversicherungsabkommen, das unter anderem die Auszahlung von Renten ins Ausland regelt. Nun hat der Nationalrat das Abkommen als Erstrat genehmigt - mit 137 zu 51 Stimmen bei einer Enthaltung. Mit dem Vertrag würden die Alters-, Hinterlassenen- und Invaliditätsvorsorge sowie die Unfallversicherung der Vertragsstaaten koordiniert, sagte Sozialminister Alain Berset im Nationalrat. Das Abkommen soll die zurzeit noch angewendeten Vereinbarungen mit dem ehemaligen Jugoslawien ablösen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Tabakprodukte

Das Parlament will den Umgang mit Tabakprodukten strenger regeln. Umstritten sind die neu geplanten Werbebeschränkungen. Der Nationalrat schlägt einen etwas liberaleren Weg ein als der Ständerat. In der Presse und im Internet soll Werbung nicht grundsätzlich verboten sein. Das Verbot soll nur für Presseerzeugnisse und Internetseiten gelten, die für Minderjährige bestimmt sind. Werbung in Kinos und im öffentlichen Raum soll jedoch weitgehend verboten werden, ebenso vom öffentlichen Grund aus einsehbare Plakatwerbung. Mit diesen und weiteren Differenzen im Tabakproduktegesetz befasst sich nun wieder der Ständerat.

Schweigeminute

Die Vereinigte Bundesversammlung hat vor der Wahl des Bundespräsidiums der über 5000 Covid-Opfer gedacht. Die Schweigeminute sollte laut Nationalratspräsident Andreas Aebi (SVP/BE) auch das Mitgefühl des Parlaments gegenüber den trauernden Hinterbliebenen ausdrücken. Die Schweiz habe eine der höchsten Todesraten weltweit, sagte Aebi. "Wir wollen oft nicht wahrhaben, dass wir gegen den mikroskopisch kleinen Feind machtlos sind." In den vergangenen Monaten seien oft diejenigen Menschen vergessen worden, die einen geliebten Menschen verloren hätten.



Bundespräsidium

Guy Parmelin ist im kommenden Jahr erstmals Bundespräsident. Die Vereinigte Bundesversammlung hat den 61-jährigen SVP-Politiker am Mittwoch mit 188 von 202 gültigen Stimmen in das Amt gewählt. Zum Vizepräsidenten wählte die Vereinigte Bundesversammlung den 59-jährigen Tessiner FDP-Bundesrat Ignazio Cassis. Er erhielt 162 von 191 gültigen Stimmen. Cassis wird damit voraussichtlich in einem Jahr zum Bundespräsidenten des Jahres 2022 gewählt.



Budget 2021

Der Nationalrat hat die Beratungen des Bundesbudgets 2021 fortgesetzt. Es ging noch um fünf grössere Differenzen zum Ständerat und um verhältnismässig kleine Beträge, die aber umstritten sind. So hält der Nationalrat etwa daran fest, dass das Budget für Kinderrechte auf 2 Millionen Franken erhöht werden soll. Der Ständerat hatte zuvor im Sinne eines Kompromisses 1,5 Millionen vorgeschlagen. Bei den Direktzahlungen in der Landwirtschaft haben sich beide Räte geeinigt. Der Budgetposten wird im Vergleich zum Bundesrat um rund 17 Millionen Franken erhöht. Das Geschäft geht zurück an den Ständerat.

Solidarbürgschaften

Covid-Kredite sollen nicht auf den 1. Januar 2021 wieder eingeführt werden. Der Nationalrat hat einen entsprechenden Antrag von Grünen und SP abgelehnt. Finanzminister Ueli Maurer versicherte jedoch, dass der Bundesrat an einem Hilfspaket arbeite. "Wenn Massnahmen notwendig sind, dann massgeschneidert auf bestimmte Branchen", sagte er.



Des Weiteren hielt der Nationalrat an seiner Entscheidung fest, die ordentliche Frist für die Rückzahlung der Covid-Kredite von fünf auf acht Jahre zu verlängern. Ebenfalls hielt er daran fest, dass Unternehmen, die von einem Covid-Kredit profitieren, Dividenden nicht nur nicht auszahlen, sondern gar nicht erst beschliessen dürfen.

Härtefallhilfe

Die Räte sind einverstanden mit der Aufstockung der Geldmittel für die Härtefallhilfe in der Corona-Pandemie. Noch sind aber Details im angepassten Covid-19-Gesetz umstritten. Der Nationalrat hält an fast allen seinen Positionen fest. Etwa will er nicht nur Umsatzverlust der Unternehmen entschädigen, sondern auch ungedeckte Fixkosten. Auch noch nicht einig sind die Kammern über das Stichtdatum, das massgebend sein soll für die Berechnung der Lohnsenkungen in Sportclubs. Diese müssen hohe Saläre senken, um an A-fonds-perdu-Beiträge des Bundes zu kommen.

Ehe für alle

Das Parlament öffnet der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Der Nationalrat hat die letzten Differenzen in der vor sieben Jahren von den Grünliberalen angestossenen Vorlage bereinigt. Damit ist auch die Samenspende für verheiratete Frauen-Paare Bestandteil der Vorlage. Der Nationalrat übernahm in der letzten Runde die Formulierungen des Ständerates zur Samenspende. Die Vorlage ist damit bereit für die Schlussabstimmungen. Ein Referendum ist bereits angekündigt.

Schengen

Die europäischen Behörden sollen künftig mit einem Mausklick alle Schengen- und Dublin-Datenbanken gleichzeitig abfragen können - auch in der Schweiz. Der Nationalrat hat die Vorlage des Bundesrats zur Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen deutlich angenommen, mit 156 zu 5 Stimmen und mit 27 Enthaltungen der Grünen. Die Grünen argumentierten vor allem damit, dass die Vorlage dazu beitrage, die Mauern der Festung Europa dicker zu machen. Das Geschäft geht in den Ständerat.

Autobahnvignette

Die Vorlage für die Einführung einer freiwilligen elektronischen Autobahnvignette ist bis auf einen allerletzten Punkt bereinigt. Noch nicht ganz geregelt ist die Art und Weise der Kontrollen der Vignette. Der Ständerat will der Eidgenössischen Zollverwaltung und den Kantonen automatisierte Kontrollen mit fixen Anlagen und mobilen Geräten erlauben. Der Nationalrat schloss sich mit 106 zu 73 Stimmen dem an, er will aber ausdrücklich auch Stichkontrollen zuzulassen. Darüber muss der Ständerat nochmals befinden.

Landwirtschaft

Das Parlament hat eine Vorlage gutgeheissen, mit der die Risiken für das Trinkwasser durch Pestizide verringert werden soll. Formell ist dieser von der ständerätlichen Wirtschaftskommission (WAK-S) ausgearbeitete Gesetzesentwurf zwar kein indirekter Gegenvorschlag zur Trinkwasser-Initiative und zur Pestizidverbots-Initiative. Er soll den beiden Volksbegehren aber Wind aus den Segeln nehmen. Der Nationalrat ist in der am Donnerstag beendeten Detailberatung weitgehend dem Ständerat gefolgt. Mit den wenigen Differenzen hat sich nun die kleine Kammer wieder zu befassen.



Homeoffice

Nationalratsmitglieder, die sich zu Hause in Corona-Isolation oder -Quarantäne befinden, können ab der nächsten Woche in Anwesenheit abstimmen. Das Parlament hat die rechtliche Grundlage dafür geschaffen und nun auch der Dringlichkeitsklausel zugestimmt. Die Vorlage wurde in der Schlussabstimmung mit 124 zu 64 Stimmen bei 4 Enthaltungen im Nationalrat und mit 25 zu 7 Stimmen bei 5 Enthaltungen im Ständerat verabschiedet. Damit können die Bestimmungen unmittelbar in Kraft treten. Ab Montag der dritten Sessionswoche soll das Abstimmen von zu Hause aus möglich sein.

Informationssicherheit

Die AHV-Nummer darf künftig als Personenidentifikator verwendet werden. Der Nationalrat ist beim umstrittensten Punkt im neuen Informationssicherheitsgesetz dem Ständerat gefolgt. Die Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmung. Die systematische Verwendung der AHV-Nummer als Personenidentifikator in IT-Systemen lehnte der Nationalrat bis fast zuletzt ab. Er bevorzugte eine von der AHV-Nummer abgeleitete und nicht zurückrechenbare Nummer. Diese Variante hatte anfänglich auch der Bundesrat bevorzugt, kam dann aber davon ab. Die SVP kündigte an, dass eine grosse Mehrheit der Fraktion das Gesetz in der Schlussabstimmung nicht unterstützen werde.

Spitzensport

Eine neue unabhängige Meldestelle für Opfer von Missständen im Sport wird von einer grossen Mehrheit des Parlaments begrüsst. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat die Einführung einer solchen Anlaufstelle befürwortet. Die Zustimmung zur entsprechenden Motion erfolgte mit 133 zu 44 Stimmen bei 6 Enthaltungen. Der Ständerat hatte schon am Dienstag mit 26 zu 17 Stimmen dafür votiert. Auslöser der Beschlüsse waren die sogenannten "Magglinger Protokolle", die Ende Oktober im "Magazin" der Tamedia-Medien veröffentlicht worden waren.

Bildung

Die Räte wollen für Bundesbeiträge an die Berufsbildung in den Jahren 2021 bis 2024 mehr Geld zur Verfügung stellen als der Bundesrat beantragt hat. In zwei Punkten bestehen aber noch Differenzen. Eine betrifft die vom Nationalrat vorgenommene Erhöhung eines Verpflichtungskredits für Beiträge an Projekte für berufliche Bildung um gut 20 Millionen Franken. Eine zweite Differenz haben die Räte bei den Krediten für Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung. Der Nationalrat hielt hier an einer Aufstockung um 12 Millionen Franken für das 3R Kompetenzzentrum Schweiz fest. Dieses will Tierversuche in der Forschung ersetzen, verringern und verbessern. Nun hat wieder der Ständerat das Wort.

Entwicklungshilfe

Bei der Beteiligung der Schweiz an den Kapitalerhöhungen für die Weltbankgruppe und die Afrikanische Entwicklungsbank ist noch offen, wie die Aufsicht über das Verhalten der Schweiz geregelt wird. Der Nationalrat hält mit 118 zu 68 Stimmen daran fest, dass die Schweiz ihr Abstimmungsverhalten offenlegen muss. Der Ständerat will dies nicht und ist nun wieder am Zug. Den Erhöhungen der Schweizer Beteiligungen an den beiden Institutionen selbst haben die Räte bereits früher zugestimmt.